Friedensregion Bodensee e.V.
NEWSLETTER
www.friedensregion-bodensee.de
Weiterleitung erwünscht!
Nr. 20 / August 2021

Liebe Friedensbewegte!

Inzwischen haben die Ferien begonnen und viele Menschen besuchen unsere landschaftlich reizvolle Bodensee-Region. In den Gesprächen an unserem Stand zum FRIEDENSKLIMA! auf der Lindauer Gartenschau erlebe ich immer wieder, dass nur die Wenigsten um die Ansammlung von Rüstungsbetrieben bei uns am See wissen, deren Dichte Europa-weit einmalig ist. Das Erstaunen vieler Besucher*innen ist groß. Mit den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs = Sustainable Development Goals) sowie dem von uns gesetzten Schwerpunkt der wechselseitigen Beeinflussung von FRIEDEN und KLIMA sind die Gewinne der Rüstungsindustrie unvereinbar. Die Ökonomie der Waffenproduktion erschwert die Umsetzung der SDGs erheblich und verhindert nachhaltige Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Umso wichtiger ist es daher, im Vorfeld der Bundestagswahl den Kandidierenden die richtigen kritischen Fragen zu stellen. Die Gelegenheit, einer solchen Diskussion unter der Leitung von Andreas Zumach beizuwohnen, haben Sie am 16.09. beim Überlinger Wahlpodium.

Mit unserer Präsentation auf der Lindauer Gartenschau werden die wichtigen friedenspolitischen Bemühungen unseres Vereins weit über die Bodensee-Region hinaus bekannt. Dazu habe ich einen Pressespiegel angefertigt, der als Basis für zukünftige Veranstaltungen hilfreich sein kann und die Wichtigkeit unseres Engagements einmal mehr unterstreicht. Doch Friedensarbeit funktioniert nur mit einer soliden Finanzierung. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Vorstands und des Redaktionsteams um Beachtung der Hinweise im Impressum und danke Ihnen im Voraus für Ihre Unterstützung.

Seien Sie herzlich gegrüßt von
Ihrer Friedensreferentin
Martina Knappert-Hiese

INHALT

Zum Newsletter Nr. 20 1
FRIEDENSKLIMA! Eine Halbzeitbilanz 1
FRIEDENSKLIMA! – passt zu Transformation, Evolution und Gewaltfreiheit 4
Pressespiegel: zu FRIEDENSKLIMA! 5
Wie geht es in Afghanistan nach dem Truppenabzug weiter? 7
Brunnen, Schulen, Krieg: Die Bundeswehr hat Afghanistan verlassen 8
Der Afghanistankrieg und das Grundgesetz: 10
Kolumne: Vivienne Waldrapp zwitschert 10
Sicherheit neu denken: Mosaikstein VII 11
Aktuelles 12
Termine/ Impressum 13

FRIEDENSKLIMA! – eine Halbzeitbilanz

von Frieder Fahrbach und Martina Heise

Nach 80 von 144 Tagen Ausstellung FRIEDENSKLIMA auf der Gartenschau in Lindau – was ist unsere Halbzeit-Bilanz? Was haben wir mit dem hohen personellen, organisatorischen und materiellen Aufwand erreicht?

Wir haben ein Projekt geschaffen, das dem Verein sehr viel Aufmerksamkeit, Anerkennung und Entwicklungspotential einbringt. Auf unterschiedlichsten Ebenen sind durch diesen Ort, an dem das Thema Frieden und Klima sichtbar wird, Prozesse in Gang gebracht: Als Friedensorganisationen haben wir eine Vernetzungsplattform über einen langen Zeitraum etabliert – eine gute Voraussetzung für einen ständigen „Friedens-Platz“ am Bodensee. Das konnte nur dank einer starken Gruppe von Betreuer*innen geschafft werden, die auf der Ausstellung täglich von 9 bis 18 Uhr präsent sind.

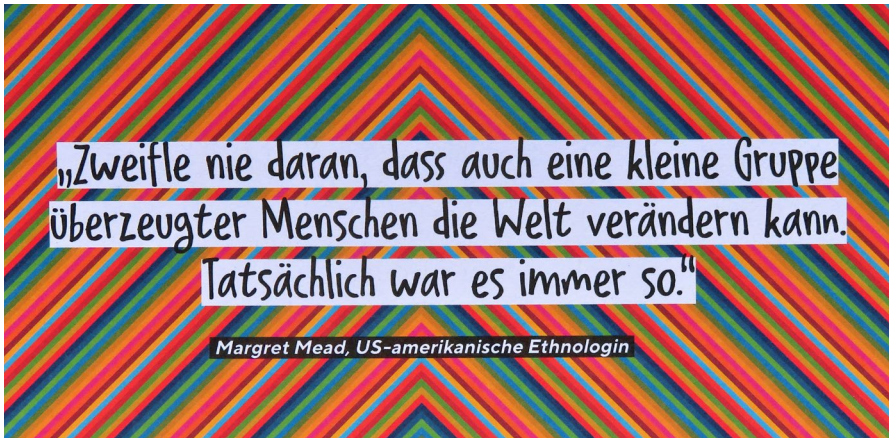
Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen …. – wie bitte?

Die Information über die **Agenda 2030 (Pariser Klimaabkommen, 17 NHZ oder SDGs/Sustainable Development Goals)** ist unser Hauptziel, nach den zahlreichen Rück-

meldungen über die Art der Präsentation gelingt das in dieser Form sehr gut. Ernüchternd ist die hohe Anzahl der Menschen, die von den Nachhaltigkeitszielen noch nie gehört haben. Bei vielen Interessierten sind Äußerungen wie „Jetzt verstehe ich die Zusammenhänge zwischen den Zielen!“ oder „jetzt sehe ich, was Klimaschutz und Frieden miteinander zu tun haben“ eine Bestätigung. Erschreckend ist die große Gruppe der uninteressierten oder gleichgültigen Besucher*innen.

Verbindungen schaffen

Wir gehen aktiv auf die Besucher*innen zu - **Gespräche** über Lösungsansätze und -strategien und Fehlentwicklungen sind ein wichtiger Teil der Ausstellung: Was denken die Menschen, was beschäftigt sie? Was löst die Ausstellung in ihnen aus? Wie sehen sie die Zukunft? Die Unwetterkatastrophe in NRW im Juli, der Welterschöpfungstag am 29. Juli und der aktuelle Bericht des Weltklimarates fielen in diese Zeit und sensibilisieren die Menschen, verstärken aber auch die Ängste um die Zukunft. Viele Menschen sind ratlos und glauben, der „Point-of-no-return“ sei überschritten. Das Vertrauen in die Politik ist absolut gering: Das Dreigestirn von Politik – Wirtschaft – Konsument*in wird als extrem stabil und veränderungsresistent angesehen (natürlich sind es aber immer „die Anderen….“). Der –freiwillige- Einfluss als Konsument*in wird übersehen, Folge ist meist der Rückzug ins Individuelle. Oft wird der Glaube an ein Wunder zu Hilfe genommen – Gläubige sehen hierin noch eine Option. Politisches Handeln, sich Einmischen in der eigenen Kommune sind extrem selten. Wachstumskritisches Denken ist zwar vorhanden, aber Stichworte wie Einsparen, Verzichten oder ein suffizienter Lebensstil sind nicht populär. Die Idee der dringenden Notwendigkeit einer sozial-ökonomisch-ökologischen Transformation kommt bisher so gut wie gar nicht im Bewusstsein vor.
Die Perspektiven für nachfolgende Generationen sind deprimierend: „Die Jungen werden das richten“ ist eine häufige Verschiebung der eigenen Verantwortung. An unseren To-do-Baum (was bin ich bereit zu tun?) überwiegen neben vielen Vorsätzen in Teilbereichen (z.B. ich vermeide Plastik) häufig die Aufforderung an andere (z.B. „Reiche besteuern“) oder ein Kopf-in-den-Sand-stecken oder gefährliches positives Denken („Das Schöne genießen“, „die Menschheit hat immer eine Lösung gefunden“).



*Eine Gruppe Thurgauer Konfirmand*innen hat die Ausstellung am 12.08. besucht. (Foto: F. Fahrbach)

Weitergabe der Ausstellung

Der langfristig wahrscheinlich wirkungsvollste Anstoß ist, die **Ausstellung in der eigenen Region** zu zeigen. Dazu besteht die Möglichkeit, die Ausstellung auszuleihen oder sie zu duplizieren und dadurch an örtliche Gegebenheiten anzupassen. Durch die modulare Konzeption kann die Gestaltung flexibel verändert werden, für innen oder außen. Erste konkrete Anfragen gibt es bereits. Durch solche Kontakte wird die Verbreitung der Ausstellung und die weitere Vernetzung mit anderen Initiativen und Organisationen gefördert. Die Ausstellung verstehen wir als Impuls zu einem dynamischen Prozess. Sprechen Sie uns an!

Was bedeutet die Ausstellung für die Friedensbewegung?

Insgesamt ergibt sich eine gemischte Bilanz: Die Ausstellung kommt sehr gut an - die geringe Bekanntheit der 17 Nachhaltigkeitsziele -6 Jahre nach Paris- ist jedoch ernüchternd. Die Verbindung zwischen Klima und Frieden ist nur sehr Wenigen bewusst: ohne Frieden kein Klimaschutz – ohne Klimaschutz kein Frieden! Der globale Zustand wird von den Menschen sehr ernst gesehen, von Politik, Wirtschaft und Konsument*in aber offensichtlich überhaupt nicht ernst genommen. Trotz unzähliger Reden und Programme fehlt ein beherztes energisches Handeln auf allen persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Ebenen. So wird uns die Zukunft sehr teuer zu stehen kommen!

Was bedeutet das für uns als Friedensorganisation? Frieden ist derzeit kein vorrangiges Thema, die Menschen sind überwiegend über das Thema Klimakrise zu erreichen, die aktuellen Ereignisse weltweit (v.a. Überschwemmungen und Brände) rütteln auf. „Friedensklima" ist daher die richtige Verbindung für unseren Verein, die Förderung einer Friedenskultur im Kontext der Nachhaltigkeitsziele sinnvoll. Mit dem Aufbau eines **Bodensee-FriedensBüros** als konkreten Anlaufpunkt, einer Bildungsstätte für Friedenskultur und Ort des sozioökonomischen Wandels bewegen wir uns in die richtige Richtung. Die Ausstellung zu vervielfältigen, ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Medium. Für den Friedensbereich haben wir als Multiplikator von **„Sicherheit neu denken"** ein hervorragendes Konzept und eine Diskussionsgrundlage für den Diskurs zum Wandel von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Die Menschen fühlen sich in ihrem Bedürfnis nach Sicherheit –in extrem unsicheren Zeiten- ernst genommen.

Fazit

Auf der Gartenschau erreichen wir ein Publikum, das sich häufig von dieser riesigen Herausforderung überfordert fühlt. Wir sind überzeugt, dass wir bisher viele konkrete Anstöße geben konnten, eine persönliche und politische Mobilisierung bewirken und damit unzählige Samenkörner verteilt haben, die in unterschiedlichster Form an unterschiedlichsten Orten aufgehen werden. Wir rechnen damit, dass durch das konkrete Erleben weiterer „Klimaerwärmungsfolgen" das Bewusstsein massiv steigt, in den Prioritäten radikal umzudenken und persönliche wie öffentliche Ressourcen anders einzusetzen – „wenn nicht jetzt – wann dann? Wenn nicht ich – wer sonst?"
Helfen Sie mit, diese Ausstellung und die Bekanntheit der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele in unserer bzw. Ihrer Region zu Verbreiten und zu einem gemeinschaftlichen energischen Handeln beizutragen. Nur mit Ziel 17 Kooperation sichern wir unsere Gegenwart und erst recht unsere Zukunft!

Einladung zu den Nachhaltigkeitstagen ZUKUNFT JETZT! am 10/11.09.2021

Zum Ende der Sommerferien haben sich unter Führung von Engagement Global Stuttgart verschiedene Organisationen zu 2 Nachhaltigkeitstagen zusammengeschlossen. Mit fachlicher Information und spielerischem Erkunden stehen zahlreiche Angebote im Friedensareal auf der Gartenschau bereit, die Agenda 2030 und die 17 Nachhaltigkeitsziele Alt und Jung näher zu bringen. Gemeinsam schaffen wir das!

FRIEDENSKLIMA! – passt zu Transformation, Evolution und Gewaltfreiheit

von Martina Knappert-Hiese

In Unserer Ausstellung auf der Lindauer Gartenschau, die bis zum 10.10. verlängert wurde, gibt es einen Würfel, auf dem das Thema Gewaltfreiheit repräsentiert ist. Dazu habe ich mir Gedanken gemacht, die sie im Folgenden lesen können. Die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen bzw. die Gruppen, in denen sie in unserer Ausstellung zusammengefasst sind, weisen auf prinzipiell notwendige gesellschaftspolitische Veränderungen hin – in den Feldern People, Planet, Prosperity, Peace und Partnership. In jedem Bereich sind einige der Möglichkeiten aufgezeigt, die Einzelne konkret dafür tun können, dass die Welt ein Stück weit besser und nachhaltiger wird. Die SDGs stellen für mich eine Art Quintessenz des wissenschaftlichen Paradigmas dar, das meines Erachtens aber noch nicht ausreicht, um die vielfältigen globalen Problemkonstellationen mit ihren wechselseitigen Beeinflussungen einer nachhaltigen Lösung zuführen zu können. Der nächste Evolutionsschritt bzw. ein Paradigmenwechsel scheint sich anzukündigen. Der kann wohl nur dann gelingen, wenn die **Prinzipien der Gewaltlosigkeit** als Basis jedweder (Friedens-)Bildung auch in der politischen Diskussion einen höheren Stellenwert erhalten. Sie wurden deshalb auf jenem Würfel platziert und lauten wie folgt:

Aktives Tun – niemals Passivität

Übereinstimmung von Ziel und Mittel

Kein Denken in Sieg und Niederlage

Trennung von Person und Sache

Suche nach der Wahrheit der anderen

Dialog als Prinzip

Glaube an die eigene Veränderbarkeit und die der anderen

Gewaltfreiheit gilt es für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung auf unserem Globus in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder neu einzuüben! Denn wir Menschen müssen nicht nur innerhalb unserer gesellschaftlichen Institutionen das konkrete Tun und Handeln verändern, sondern jedes Individuum sollte auch an sich selber arbeiten, um sich selbst immer auch individuell weiterzuentwickeln. Wer sich mit den Prinzipien der Gewaltfreiheit beschäftigt, der wird darin möglicherweise erkennen, dass sie wie ein Hinweis auf eine neue Entwicklungsstufe verstanden werden können: Vom dualistischen Denken hin zu einem ganzheitlichen Wirklichkeitsverständnis. Die so oft zitierte sozial-ökologische Wende bedarf offensichtlich verschiedener Transformationsprozesse, die dann auch in einzelnen Individuen und deren Körpern und Gehirnen stattfinden. Schließlich ändern sich die Gene sogar auf der Basis von gelebten Erfahrungen (=Epigenetik), mit denen Menschen sich auseinanderzusetzen haben. Deshalb möchte ich dazu anregen, sich die sehr verständlich geschriebenen Bücher der Neurobiologen Gerald Hüther und Joachim Bauer zur Lektüre vorzunehmen. Das Bild, das man sich von sich von sich selbst macht, könnte sich verändern und somit eben auch die sozial-ökologische Wende vorantreiben.

Bisher stellt eine vertiefte Auseinandersetzung mit den SDGs für viele Bürger*innen und Politiker*innen noch eine unüberwindbare Hürde dar. Umso wichtiger ist es daher, dass wir nicht lockerlassen und diese schwierigen und überlebensnotwendigen Themen weiterhin präsentieren. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich möglichst viele Menschen zukünftig mit den Ausführungen und den Inhalten zum FRIEDENSKLIMA! auf den Stelen beschäftigen.

Einladung

Im Vorfeld der Bundestagswahl 21 lädt die Friedensregion Bodensee e.V. alle Interessierten herzlich zur Veranstaltung

„Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand“

Am 16. September um 19:30h findet das überparteiliche Überlinger Wahlpodium im Kursaal statt.
Je ein*e Vertreter*in der Parteien CDU, SPD, GRÜNE, LINKE und FDP wurden angefragt.
Der Abend wird von Andreas Zumach moderiert.
Kommen Sie, um sich über die friedens- und rüstungspolitischen Argumente der Parteien zu informieren.

Ravensburger Appell

Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Weil Frieden von unten durchgesetzt werden muß, verteilen Sie bitte das aktuelle Plädoyer für eine neue Sicherheitspolitik!
Denn die gigantischen Militärausgaben verhindern eine friedliche sozialökologische Transformation der Weltgemeinschaft. Lasst uns die Forderungen zum Thema der Bundestagwahl machen!

https://indd.adobe.com/view/45663a0c-3850-43dd-a383-43fadd029d1d
https://indd.adobe.com/view/025aee8c-c9f9-4bb8-aded-9580c89def68
https://indd.adobe.com/view/5f06a8e8-e94f-4bf7-987a-a56f95bc3b06

Pressespiegel: Zur Berichterstattung über die Ausstellung FRIEDENSKLIMA!

von Martina Knappert-Hiese

▶ Viele begeisterte Besucher*innen der Ausstellung FRIEDENSKLIMA! haben uns von Ihrer Absicht berichtet, die Inhalte bei sich zu Hause präsentieren zu wollen. Sogar ein Lehrer vom Goethe-Gymnasium aus Buenos Aires hat diesen Wunsch geäußert, zumal er im Fach Geographie bereits die Diskussion und Erörterung der UN-Entwicklungsziele zur Prüfungsaufgabe gemacht habe. Auch aus dem Netzwerk Friedensbildung Baden-Württemberg, zu dem sich die Friedensregion Bodensee e.V. als Mitglied zählen darf, sowie vom Klimabündnis Vorarlberg gibt es bereits Anfragen. Darüber hinaus gibt es ein umfangreiches Presseecho, wobei der Besuch von Margot Käßmann und Claudia Roth ja bereits im letzten Newsletter Erwähnung fand.

Auf BR24 am 22.07. gab es einen Artikel von Steffen Armbruster, in dem das Friedensareal ausführlich beschrieben wurde. Ausgehend von der Installation der Künstlerin Bärbel Starz fokussierte der Redakteur auf den Klimawandel, sichtbar u.a. auch in Müllansammlungen, die auf dem Kubus mit großflächigen Fotos thematisiert sind. Das Nachhaltigkeitsziel Nr. 13 beinhaltet Maßnahmen zum Klimaschutz, dargestellt auf entsprechender Stele mit den Hinweisen, was ein*e Jede*r tun kann. Die Klimaproblematik in Verbindung mit dem übergeordneten Nachhaltigkeitsziel Frieden

ist mit dem Ausstellungstitel präsent. Martina Heise und Conny Speth erläuterten den Zusammenhang der Flüchtlingsproblematik mit dem Klimawandel, so dass Friedensvereine im Ergebnis zunehmend auch den Klimaschutz einforderten, wie der Redakteur berichtete.

https://www.br.de/nachrichten/bayern/warum-die-lindauer-gartenschau-wuestenlandschaften-zeigt,SdoxW5s

▶ Dass die Ausstellung „Friedensklima" gut zur Lindauer Gartenschau passe, war der Lindauer Zeitung einen umfangreichen Artikel wert. Weil Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Naturschutz eine Trias bilden, die Besucher*innen sehr leicht mit blühenden Beeten einer Gartenschau assoziieren, könnte die Verbindung von Frieden und Klima den einen oder die andere durchaus befremden. In Erstaunen werde man versetzt, wenn man bei seinem Rundgang plötzlich mit den Forderungen „Armut beenden" und „Kinder haben ein Recht auf Kindheit" konfrontiert werde. Doch die trügerische Gartenschau-Idylle werde zu Recht einer Realität gegenübergestellt, die wir häufig vorschnell ausblenden, um uns in einer trügerischen Sicherheit wähnen zu dürfen. Dabei gibt es die Nachhaltigkeitsziele schon sehr lange und die Zukunft des Lebens auf der Erde hänge eben von ihrer Umsetzung ab. Die Ausstellung möchte die Menschen für viele vordergründig nicht sicht- und erkennbare Zusammenhänge sensibilisieren. Jede*r Einzelne sollte sich in seinem Alltag seines Tuns deutlich bewusstwerden und sich nach den 17 Zielen für Gerechtigkeit und Frieden ausrichten. Dort befindet sich auch das hölzerne Möbiusband, der Ring of Peace, der ein Ganzheitssymbol darstellt und anlässlich des Lindauer Welttreffens aller Religionen im Luitpoldpark aufgestellt wurde.

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-lindau/lindau_artikel,-das-friedensklima-passt-gut-auf-die-gartenschau-_arid,11392135.html

▶ Vor Kurzem erschien zudem ein Artikel über Engelbert Blessing, der für die Partei DIE LINKE im Wahlkreis 256 kandidiert, zu dem auch Lindau gehört. Auf der Basis seiner Erfahrungen in Afghanistan, wo der Zimmerermeister 2013 und 2014 stationiert war, formulierte er die Feststellung, dass Frieden nur dann zu erreichen sei, wenn man miteinander rede und ins Gespräch komme! Für den ehemaligen Fallschirmjäger, der zu einer Sanitätseinheit gehörte, ist es deshalb heute selbstverständlich, dass auch die Taliban in Gespräche miteinbezogen werden müssen. Blessing wies darauf hin, dass die Bevölkerung dieses Landes inklusive der Taliban keine homogene Gruppe darstellt, sondern verschiedenen Ethnien angehört. Seit Obama einen ersten Truppenabzug ermöglichte, gewönnen die Taliban wieder an Akzeptanz, da sie sowohl ein rudimentäres Gesundheitssystem aufgebaut haben und den Menschen darüber hinaus eben auch Hilfeleistungen anböten. Hinsichtlich der militärischen Einsätze bemerkte Blessing durchaus kritisch, dass die dort stationierten Soldaten sich auch mit emotionalen Erschütterungen auseinanderzusetzen hatten, weil das Verlassen des Lagers immer auch „das letzte Mal“ bedeuten konnte. Was die Arbeit der Hilfsorganisationen betrifft, sei sie zwar äußerst hilfreich und teilweise auch überlebensnotwendig, doch könne auf Dauer kaum für deren Sicherheit gesorgt werden. Blessing geht davon aus, dass sie Afghanistan nach dem vollständigen Truppenabzug ebenfalls verlassen müssen. Wegen des Starkregens fand das Gespräch im Kunst-Kubus statt.
https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-lindau/lindau_artikel,-engelbert-blessing-diskutiert-auf-gartenschau-ueber-frieden-und-klima-_arid,11392346.html

▶ In der August-Ausgabe des Lindauer Hoyboten wurde ein Bericht von Martina Heise und Frieder Fahrbach veröffentlicht, der die kritischen Fakten zum globalen Status quo deutlich benennt. Nur wenn die Erderwärmung auf 1,5 Grd. Celsius begrenzt wird, ist es möglich, zukünftigen Generationen einen Lebensstandard zu ermöglichen, der für die Gruppe der heutigen 35- bis 65-Jährigen als selbstverständlich gilt. Anstatt jährlich 12 Tonnen des schädlichen CO^2-Gases zu verursachen, müsse jede*R versuchen, lediglich eine einzige Tonne freizusetzen. Der Globus befindet sich aktuell in einem Zustand, der als nicht friedensfähig zu bezeichnen ist. Eine Ursache ist darin zu sehen, dass der Zugang zu natürlichen Ressourcen und Rohstoffen sehr ungleich ist. Auch werden insbesondere in westlichen Ländern erhebliche finanzielle Mittel in die Entwicklung und Produktion von Kriegswaffen investiert. Diese Gelder fehlen dann im Bereich des Sozialen, der Bildung und im Gesundheitswesen! Die Ausstellung wurde in Kooperation mit dem Museum friedens räume konzipiert und kann noch bis zum 10.10. besucht werden.

Mitteilungsblatt der Bunten Liste · August 2021

Lindauer Hoybote

Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel

Ohne radikale Verringerung des CO^2-Ausstoßes lässt sich der Klimawandel nicht mehr aufhalten. Nur mit Erreichen des 1,5°-Ziels lassen sich Krieg, Flucht und Vertreibung als Folgen der Erderwärmung noch verhindern. Martina Heise, Frieder Fahrbach, Friedensregion Bodensee e.V.

Im Rahmen der Gartenschau ist aktuell eine besondere Ausstellung zu sehen: FRIEDENSKLIMA! – 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden. Sie präsentiert die dringlichsten Aufgaben unserer Zeit, um den Fortbestand der Menschheit zu ermöglichen! Nur wenn es gelingt, den Klimawandel zu begrenzen, wird es für nachfolgende Generationen eine Zukunft geben. Klimaneutralität ist das Gebot der Stunde! Jeder einzelne Deutsche erzeugt im Schnitt zwölf Tonnen CO^2 pro Jahr, das sind elf Tonnen zu viel! Maximal mit einer Tonne können wir Klimaneutralität erreichen und das Klimaziel von 1,5 Grad Erderwärmung einhalten. Lindau will bis 2035 klimaneutral sein!

17 Nachhaltigkeitsziele auf der Lindauer Gartenschau

Die Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals/ SDGs) wurden 2015 in Paris von den Vereinten Nationen beschlossen und zeigen auf, mit welchen Maßnahmen es gelingt, eine gerechte, nachhaltige Welt zu gestalten. Nur wenn der Klimawandel begrenzt wird, kann Ziel 16 FRIEDEN erreicht werden. Um diese Ziele bekannt zu machen, haben die Friedensregion Bodensee e.V. und die friedens räume Lindau diese Ausstellung entworfen.

Das Thema FRIEDENS-KLIMA! wird in Lindau erstmals auf einer Gartenschau präsentiert

Entstanden ist eine bemerkenswerte Präsentation unter der Überschrift **„FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden“**. Die Verbindung von Klima und Frieden wird plausibel, wenn man sich vor Augen führt, welche gravierenden Auswirkungen der Klimawandel auf sämtliche Bereiche unseres Lebens hat: Neben Flucht und Migration durch die Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche stellen Konflikte um verbleibende Ressourcen wie z.B. der Zugang zu Rohstoffen, Energieträgern oder Wasser eine massive Bedrohung dar. Zudem werden durch militärische Konflikte immense finanzielle Ressourcen gebunden, die in Klimaschutz, Gesundheit und Bildung dringend benötigt werden. Mit Hilfe der Stadt Lindau haben die Nachhaltigkeitsziele hier einen Platz gefunden und sollen das Engagement der Bevölkerung fördern – es ist allerhöchste Zeit, dieser Aufgabe eine vorrangige Stellung einzuräumen!

„Global denken – lokal handeln“

Die Ausstellung nennt Beispiele über konkrete Möglichkeiten, sich zu engagieren und ist so konzipiert, dass sie auch an anderen Orten, z.B. Schulen, Kirchengemeinden oder Kommunen, gezeigt werden kann. Mit spielerischen Elementen fordert sie Jede*n zum Handeln auf und sich bestehenden Organisationen anzuschließen, um gemeinsam die Zukunft zu sichern.

Frieder Fahrbach

Kontakt:
Friedensregion Bodensee e.V.
www.friedensregion-bodensee.de
Frieder Fahrbach,
info@friedensregion-bodensee.de

KOMMENTAR

Wahl zum Bundestag am 26.09.2021

Zum Ende der langen Regierungszeit der Großen Koalition haben die beiden Volksparteien die Ziele für Ihre Klimaschutzpolitik nochmals um 5 Jahre verschärfen müssen. Es ging ein mahnendes Urteil des Verfassungsgerichts voraus.
Trotzdem wirkten die Verantwortlichen eher erleichtert als ertappt. Es wird klar, dass die politisch Handelnden längst wissen, welche einschneidenden Maßnahmen zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen nötig sind.
Zum Problem wird die Angst von CDU/CSU/SPD, dass ihr oberstes politisches Ziel, der Machterhalt, mit dem notwendigen Umbau unserer Gesellschaft nicht zu vereinbaren ist.
Mit den GRÜNEN steht eine Partei zur Wahl, die diese Veränderungen seit 40 Jahren fordert. Sie haben eine Spitzenkandidatin, die im Team mit Ihrem Co-Vorsitzenden in den vergangenen Jahren die so vielfältigen Strömungen in der grünen Partei erfolgreich zusammenführte und mit einer vorbildlichen Programmatik bestens vorbereitete.
Es ist den GRÜNEN auch gelungen, die junge Generation einzubinden. Damit konnten sie ihren eindrucksvollen Personalbestand erfolgreich ausbauen.
Während die alten Volksparteien auf die kommenden Herausforderungen mit internen Streitereien reagieren und damit ihren Nachwuchs vergrauen, haben die GRÜNEN die Zeichen der Zeit erkannt.
So steht in unserem Stimmkreis mit Pius Bandte ein 23 jähriger Zimmermann zur Wahl. Er hat seine kommunalpolitischen Erfahrungen für die Bunte Liste im Lindauer Stadtrat und für die GRÜNEN im Kreistag gesammelt.

Politisches Wohnzimmer Ravensburg im Gespräch mit Bundestagskandidat der Grünen Pius Bandte.

Zwei junge Lindauerinnen engagieren sich für die 17 SDGs.

Wie geht es in Afghanistan nach dem Truppenabzug weiter?

von Martina Knappert-Hiese

Der 20-jährige Afghanistan-Einsatz hat den deutschen Steuerzahler 12,5 Milliarden Euro gekostet, wobei der Abzug der Deutschen Soldaten aus dem Land am Hindukusch noch gar nicht miteingerechnet ist. Otmar Steinbicker formuliert in der aktuellen Ausgabe des Friedensforum (4/2021 S. 17f) dennoch eine vorsichtige Hoffnung, dass der Konflikt dauerhaft friedlich gelöst werden kann. Ein Rückblick auf die Geschichte des deutschen Einsatzes in Afghanistan sollte allen politischen Entscheidern aber eine Mahnung sein, weil von Beginn an klar war, dass nach der Hinrichtung Bin Landens durch die Amerikaner alle ausländischen Truppen hätten abziehen müssen. So hatte es auch der damalige Oberbefehlshaber der ISAF-Truppen, Egon Ramms, bereits 2009 auf einer Aachener Konferenz deutlich formuliert. Er erhielt dafür Unterstützung aus der afghanischen und der deutschen Friedensbewegung, die einen regionalen Waffenstillstand in Kundus erreichen wollten. Leider schlossen sich weder NATO noch Bundesregierung dem positiven Vorhaben des General Ramms an!

Ramms initiierte dann im Sommer 2010 ein weiteres Treffen von ISAF-Offizieren und hohen Taliban-Vertretern in Kabul, wo sich beide Seiten schnell auf zentrale Prinzipien einigten, die zu einer Friedenslösung hätten führen können. Wieder blockierten die NATO und die Bundesrepublik deren Umsetzung. Dass die Fortführung des Krieges niemandem genutzt hat, ist längst offensichtlich. Mit dem Ende des ISAF-Einsatzes zum 31.12.14 wurden die meisten Truppen abgezogen, so dass nach mehr als 30 Jahren Krieg (ab 1988 Bürgerkrieg, dann sowjetische Besatzung, erneuter Bürgerkrieg, Schreckensherrschaft der Taliban, Krieg der Nato gegen die Taliban) nun quasi eine neue Ära beginnen kann. Westliche Medien scheinen jedoch davon auszugehen, dass es zu keinem Frieden zwischen der Zentralregierung und den regionalen Warlords kommt und dass die Taliban in den letzten Jahren nichts dazugelernt haben. Dabei hat es schon seit jeher Auseinandersetzungen zwischen den Regionen und Kabul gegeben und es bleibt definitiv unsicher, ob sich die Taliban im Falle ihrer Vorherrschaft darauf einlassen würden, dass sie das Land zentral von Kabul aus regieren. Die Frage, ob es dann zu einer neuen Schreckensherrschaft kommt, kann aktuell leider nicht verneint werden. Dennoch gilt es anzuerkennen, dass die Menschen dieses Landes kriegsmüde sind und den Kontrahenten die entsprechenden Gelder fehlen, um die kriegerischen Auseinandersetzungen weiter wie bisher fortzuführen.

Pakistan und der Iran als potentielle Geldgeber der Taliban verfügen aktuell jedenfalls nicht über das nötige Kapital, um sich weiter in Afghanistan zu engagieren. China könnte sich zwar um die Förderung vermeintlich riesiger Bodenschätze auf afghanischem Territorium bemühen, dürfte aber von den Taliban kaum darin bestärkt werden, da es die muslimischen Uiguren zu Hause immer noch massiv unterdrückt. Deshalb geht der Autor davon aus, dass Geld, Arbeitsplätze und ein Anstieg des Lebensstandards logische Schritte einer ökonomischen Vernunft sein werden, zu der sich früher oder später auch die Taliban durchringen werden.

Aus der Perspektive des Vorstands sei mitgeteilt, dass wir den Einsatz der Bundeswehrund den der NATO in Afghanistan noch nie gutgeheißen haben. Schon die Sowjetunion hatte erkennen müssen, dass ein Einsatz für ihre Zwecke zum Scheitern verurteilt war, weshalb sie sich schon damals aus dem "Geschehen" zurückzog. Und nun bestätigt es sich in vollem Umfang, dass dieses Vorgehen der NATO in Afghanistan gänzlich ungeeignet war. Noch schlimmer - es wurde ein Schlachtfeld hinterlassen: alleine die USA haben in den 20 Jahren 3 Billionen (!) US-Dollar ausgegeben, 2.500 Soldat*innen verloren, hinzu kommen die Ausgaben und Toten der übrigen NATO-Partner. Es wurde ein Schlachtfeld mit Verwüstungen und entwurzelten Menschen hinterlassen, mit einer Streitmacht, die sie ausgebildet und geformt zu haben glaubte. Das jähe Ende des NATO-Einsatzes und der vollständige Rückzug aus der Unterstützung der afghanischen "Streitmacht" überrascht nun die meisten. Uns erinnert dieses Bild an das Ende damals in Vietnam. Wird es in Mali anders ausgehen? Wohl kaum! In den kommenden Newsletter-Ausgaben soll auf diese Situation in Afghanistan weiter eingegangen werden, um die Konsequenzen zu verdeutlichen, die sich logischerweise aus den bisherigen Einsätzen für die Zukunft ergeben.

Vielleicht ist eine weltumfassende Schwesterlichkeit notwendig, ehe eine brüderliche Verständigung der gesamten Menschheit möglich wird.

Bertha von Suttner

Brunnen, Schulen, Krieg: Die Bundeswehr hat Afghanistan verlassen

von Lena Reiner

Es fällt mir schwer, diesen Text zu schreiben. Ich habe vier Versionen bereits verworfen, die fünfte ist nun hier zu lesen. Es gäbe nämlich Vieles zu sagen zur Verantwortung Deutschlands, das 20 Jahre lang am NATO-Einsatz in Afghanistan beteiligt war. Bis zuletzt ist es nicht gelungen, wenigstens im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein differenziertes Bild des Landes zu zeichnen, in dem die Bundeswehr aktiv war. Und genau deshalb stoßen all die Ausreden zur gescheiterten Mission in Afghanistan auf offene Ohren: Dieses Volk, dem der Krieg quasi im Blut liege, wolle es doch nicht anders, lese ich in allen möglichen Kommentarspalten. US-Präsident Joe Biden spricht von Korruption und Schwäche der Afghanen, die Schuld am Scheitern seien und auch deutsche Politiker*Innen bekleckern sich nicht mit Ruhm, während sie darüber diskutieren, ob man nicht auch nach dem Abzug der Bundeswehr weiterhin nach Afghanistan abschieben könne – übrigens den dringenden Appell der afghanischen Regierung ignorierend, von Abschiebungen abzusehen.

Doch zurück zur Bundeswehr.
Mit ihrer Mission "Brunnen bohren und Schulen bauen" begann 2001 der Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Rahmen einer größeren NATO-Mission als Reaktion auf den 11. September 2001. 430 Millionen Euro jährlich sollten in den Wiederaufbau Afghanistans gesteckt werden; allein von deutscher Seite.

Auch wenn die Überschrift anders klang, wurden bereits damals Spezialkräfte entsandt, die an Kampfeinsätzen beteiligt werden konnten. In einem Interview betonte Nato-Generall Egon Ramm: „Die sind nicht dort gewesen, um Blümchen zu pflücken"
Seit 2007 habe man sich in einem kriegsähnlichen Zustand befunden. (Quelle: Bundeswehr in Afghanistan - "Die sind nicht dort gewesen, um Blümchen zu pflücken" (Archiv) (deutschlandfunkkultur.de)

Ich muss dazusagen, dass ich mich immer klar gegen militärische Auslandseinsätze ausgesprochen habe. Jedoch denke ich gleichzeitig, dass man mit Beginn eines Einsatzes eine Verantwortung übernimmt, der man dann auch gerecht werden sollte. Im Fall Afghanistan wurde diese Verantwortung grandios vernachlässigt. Bereits seit 2006 stieg die Anzahl der Toten jährlich, 2017 wurde die Grenze von 1000 Todesopfern durch kriegerische Handlungen im Monatsdurchschnitt erreicht. Meine afghanische Kollegin und Frauenrechtlerin Rada Akbar betonte im Gespräch im Juli mit mir: "In den letzten 20 Jahren ist kein Monat ohne Explosionen, Morde oder einen gezielten Anschlag vergangen."

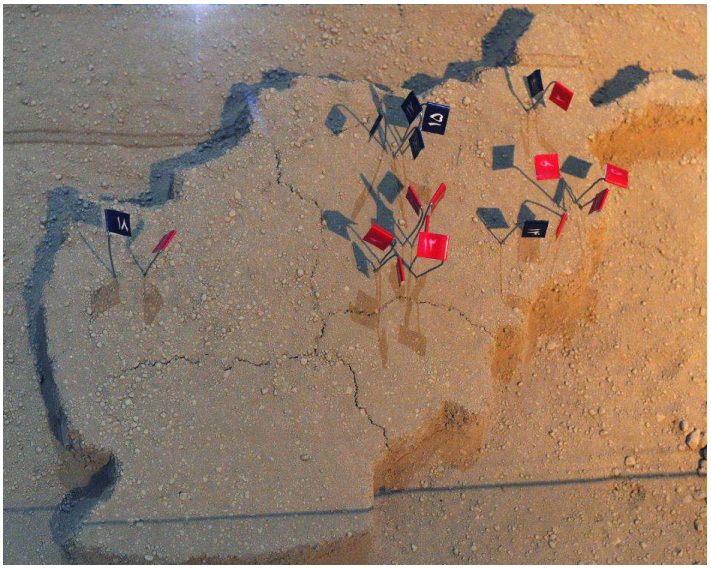
Und jetzt, 20 Jahre später, ist das Chaos komplett. Noch am 26. März dieses Jahres wurde das Mandat für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängert, vorerst bis 2022. Als ich zum ersten Mal nach Afghanistan gereist bin, traf ich auf ein positives Deutschlandbild. Mir wurde gesagt, die Deutschen, ja, die würden wenigstens etwas Sinnvolles leisten. Ich hatte die Gelegenheit, mit einem afghanischen Kollegen nach Masar el-Shariff zu reisen, also an den Bundeswehrstandort und ihn bei einer Straßenumfrage zu begleiten, was die unmittelbaren Nachbarn des Feldlagers zu den deutschen Truppen zu sagen hatten. Ich, die davon überzeugt war, dass es sich um eine ungewollte Intervention oder sogar Invasion handeln müsse, wurde eines Besseren belehrt. Die Bundeswehr, die sorge wirklich für Sicherheit und die Schulungen, die sie für einheimische Sicherheitskräfte durchführten, die seien auch gut. Meine Vorurteile kamen ins Wanken.

Nur etwa zwei Wochen nach der Mandatsverlängerung und rund vier Wochen nach meiner Ausreise brachte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den Abzug der Truppen zur Sprache. Sie folgte damit der Ankündigung Joe Bidens, die US-Truppen abzuziehen.

Als Datum des Abzugs wurde der 11. September 2021 angesetzt. Und dann ging es auf einmal ganz schnell: Ich war gerade in Kabul, als ich verstanden habe, dass zumindest die Bundeswehr schon deutlich früher gehen würde. Ich bin am 28. Juni morgens gelandet, zwei Tage später war die Bundeswehr abgezogen. Vorher noch sorgten sie für Bilder, die in kürzester Zeit ihren eigentlich guten Ruf in Afghanistan ins Wanken brachten: Es gab Fotos, wie palettenweise Alkohol vom Bundeswehrfeldlager bei Masar el-Sharif in ein Flugzeug geladen wurde. "Denen ist ihr Alkohol wichtiger als die Menschen", hieß es. Und diese – teils noch scherzhaft getätigte Aussage – sollte sich zumindest teilweise bewahrheiten.

Rund 8000 Ortskräfte haben die Bundeswehr in den letzten acht Jahren – also während der Dauer ihrer letzten Mission - unterstützt, etwa 4000 direkt als Vertragspartner, weitere 4000 über Subunternehmen. Diese Ortskräfte befanden sich schon in den letzten Jahren immer wieder in Gefahr, da ihre Mitarbeit für ausländische Soldaten sie für die Taliban zum Feind machte und die Taliban waren, das wissen alle, die sich etwas mit der Materie befasst haben, nie komplett weg.

Durch den Abzug der Bundeswehr und anderer NATO-Truppen verschlimmerte sich die Lage nun rasant. Bereits 2014 – als die Bundeswehr ihre eigene Mission beendete und nur mehr lediglich ein Viertel der bisherigen Kräfte vor Ort beließ, um die Mission "Resolute Support" zu unterstützen - waren Ortskräfte ausgeflogen worden, auch damals schon fielen einige durchs Raster. Auch afghanische Mitarbeiter der GIZ waren bedroht worden, manche erhielten Asyl, andere wurden abgelehnt. Ich selbst konnte eine ehemalige Sicherheitskraft der GIZ interviewen, der in Deutschland auch nach vier Jahren keinen Aufenthaltstitel erhalten hatte und schließlich "freiwillig" nach Kabul zurückgekehrt war, um ein Visum zum Familiennachzug zu seiner Frau, die in Norwegen auf ihn wartete, zu stellen. (Randnotiz: Er musste ein Visum nach Pakistan beantragen, um von dort wiederum das eigentliche Visum nach Norwegen zu beantragen, da diese Möglichkeit in Afghanistan aus Sicherheitsgründen nicht besteht.) Nach eineinhalb Jahren Wartezeit in Kabul flüchtete er schließlich diesen Mai nach Uzbekistan, aus Geldmangel kehrte er vor Kurzem wieder zurück in sein Heimatland. Seitdem ist der Kontakt abgebrochen. Ich kann nur hoffen, dass es sich bei der "Funkstille" lediglich um



Die Landkarte zeigt die bisher gefundenen Massengräber.

das immer instabiler werdende Mobilnetz handelt und ihm nichts Schlimmes passiert ist.

Von den "aktuellen" Ortskräften jedenfalls sind inzwischen rund 1000 in Sicherheit, weitere 1850 haben immerhin ein Visum erhalten, konnten aber noch nicht ausreisen. (Stand: 9. August 2021, Quelle: Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte e.V.)

Ob das nicht schneller hätte gehen können, unkomplizierter? Ich bin der Ansicht, dass zumindest die zivilen Ortskräfte vor der Bundeswehr hätten ausreisen müssen, so dass die Bundeswehr dafür sorgen hätte können, dass die Ausreise auch gelingt. Und mit dieser Ansicht stehe ich nicht allein da. Die größten Kritiker des fehlenden Schutzes der Ortskräfte kommt tatsächlich von ehemals in Afghanistan stationierten Bundeswehrsoldat*Innen, sie haben das Patenschaftsnetzwerk gegründet, das seit Wochen politischen Druck aufbaut.

Tatsächlich sind jetzt, während ich diese Zeilen schreibe, erneut Kräfte der Bundeswehr nach Afghanistan unterwegs. Der zivile Teil des Kabuler Flughafens ist lahmgelegt, das Gebäude steht unter Beschuss. Die Bundeswehr soll dafür sorgen, dass verbliebende deutsche Staatsbürger*Innen und Ortskräfte endlich ausreisen können. Ich hoffe nur, dass es dafür nicht längst zu spät ist.

Weitere Informationen zu Lena Reiner und ihrer Arbeit finden Sie auf https://www.menschenfotografin.de/

Der Afghanistankrieg und das Grundgesetz

von Friedrich Gehring

Ende des 19. Jahrhunderts entwarf die Friedensbewegung das „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“, das es 1949 in unser Grundgesetz schaffte (Art 24). Es schreibt vor, dass die Interessen aller möglichen Konfliktbeteiligten angemessen zu berücksichtigen sind. Wäre die NATO ein solches System, hätte sie nach der Wende zum Beispiel Russland aufnehmen müssen. In einem skandalösen politischen Gefälligkeitsurteil hat 1994 das Bundesverfassungsgericht gegen nahezu alle Völkerrechtler beschieden, die NATO sei ein solches System gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Sie ist aber ein Verteidigungsbündnis, das Faustrecht übt und Angriffskriege führt. 1955 kam in unser Grundgesetz der Art. 87 a, der Streitkräfte zur Landesverteidigung erlaubt. Dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werde, war seit 2001 die Lebenslüge deutscher Militär gestützter Sicherheitspolitik. Jetzt wurde sogar die Verteidigung der Ortskräfte verschleppt, die für Deutschland gearbeitet haben. In Wirklichkeit wurde nämlich eine korrupte afghanische Regierung verteidigt. Unionsleute beklagen jetzt die Fahnenflucht der von uns ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitskräfte, die für diese Regierung nicht sterben wollten. Die Union sollte angesichts des afghanischen Desasters besser Buße tun, den NATO-Austritt, den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, die Verbannung der Atomwaffen aus Büchel und das Ausscheiden aus der Entwicklung atomwaffenfähiger Kampfdrohen planen. Sie sollte sich dem Programm der badischen Landeskirche „Sicherheit neu denken“ anschließen, wonach die Bundeswehr bis 2040 zur waffenlosen Friedensorganisation werden soll. Die Linken gelten den übrigen Parteien wegen ihres Pazifismus als koalitionsunfähig. Für eine christliche und verfassungstreue Bürgerschaft sind die Linken aber gerade deshalb allein wählbar.

Dieser Beitrag gibt einen Leserbrief des friedenspolitisch engagierten Pfarrers im Ruhestand Friedrich Gehring wieder, der auch im Netzwerk Friedenspolitik Baden Württemberg und im Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“ mitarbeitet.

Vivienne Waldrapp zwitschert…

Die große Flatter

von Martina Heise

Foto: HP Walter

Während wir Vögel instinktgeleitet sind und uns keinen großen Kopf über unsere Zukunft machen, funktioniert ihr Menschen ganz anders. Das lässt sich schon daran erkennen, dass ihr ohne Navi nicht mal den Weg zum nächsten Briefkasten findet, Kartenlesen scheint sowieso eine aussterbende Kulturtechnik der Spezies Mensch zu sein. Wir nehmen die Dinge wie sie eben kommen und ich habe noch nie von einer Waldrappe gehört, die sich auf dem Weg ins Winterquartier verflogen hat und versehentlich auf einer Skipiste gelandet ist. (Auf dem Grill schon eher, aber das hängt ja mit euren Vogeljägern zusammen und nicht mit unserer Orientierung!)

Wenn Menschen immer wieder schlechten Nachrichten ausgesetzt sind, wie zum Beispiel über den Klimawandel mit furchtbaren Überschwemmungen, großen Dürrekatastrophen oder Waldbränden, bei denen Millionen von Tieren und auch einige Menschen ums Leben kommen, habt ihr verschiedene Strategien, um damit umzugehen: Einige von euch leugnen den Klimawandel, sie bestreiten, dass ihr Menschen überhaupt irgendetwas damit zu tun habt. Denn wer keinen Einfluss auf das Klima hat, kann und muss ja auch nichts dazu beitragen, die drohende Klimakatastrophe aufzuhalten- logisch, oder?

Andere Menschen flüchten sich aus der Realität und fliegen lieber in den Urlaub. Mit Schirmchendrink am blauen Pool lässt es sich wunderbar entspannen. Und bei „all inclusive“ brauchen die nicht mal aus ihrer Hotelanlage raus und kriegen überhaupt nicht mit, dass um die nächste Ecke der Müll einfach ins Meer gekippt wird. Viele gekrönte Häupter betrieben in früheren Jahrhunderten solchen Eskapismus, denn sie konnten es sich leisten um die Welt zu reisen oder Märchenschlösser zu bauen.

Bei den Besuchern der Ausstellung KLIMAWANDEL! auf der Gartenschau in Lindau habe ich noch eine weitere Strategie beobachtet. Wenn die Menschen über die Nachhaltigkeitsziele sprechen, sagen sie oft, dass sie ja sowieso nichts ausrichten können: „Was ändert sich schon, wenn ein Einzelner den Müll trennt oder mehr Fahrrad fährt?“ Und machen resigniert einfach weiter wie bisher. Mit dieser Vogel-Strauß-Taktik habt ihr auf jeden Fall schon verloren! Aber wenn alle mitmachen, kann sich wirklich etwas ändern, wir Vögel sprechen dann von „Schwarm-Intelligenz“.

Eure Vivienne

Sicherheit neu denken/Resiliente Demokratie: Mosaikstein VII (Interaktive Konfliktlösung)

von Brigitte Ehrich

Jedes Handeln, das auf soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der Biosphäre zielt, ist Friedensarbeit, Teil einer friedenslogisch vernetzten Politik – so lautete ein wichtiges Ergebnis der Mosaiksteine II bis IV. Dieser und die folgenden Friedensmosaiksteine werden Ansätze und Methoden der Konflikttransformation im engeren Sinne vorstellen, die in **Dialogprozessen** verschiedenster Art ihren Ausdruck finden.

Abseits im Hinterzimmer…

Dass Teilnehmende aus einer betroffenen Konfliktregion zu einer Tagung mit dem Thema „Entwicklung als Auslöser von Konflikten" anreisen, ist nichts Ungewöhnliches. Auch die Teilnahme des Botschafters von Papua Neu Guinea bei der EU sowie eines Vertreters des Bougainville Interim Peace Office an einer Fachtagung der Evangelischen Akademie Bad Boll – weit weg vom Konfliktgeschehen um eine Kupfermine in Bougainville – erregt keinerlei mediales Interesse. Und doch begann 1995 in einem Hinterzimmer in Bad Boll ein Friedensprozess, der den Bürgerkrieg auf der pazifischen Insel Bougainville mit Tausenden Todesopfern beendete.

Auch in zahlreichen anderen tief verwurzelten Großkonflikten kam ***Interaktives Konfliktlösen*** – wie in Bad Boll meist erfolgreich – zur Anwendung: In Tadschikistan, in Estland, in Nordirland, in den USA, in Israel / Palästina (im Vorfeld der Oslo-Verträge), in Sri Lanka…. Interaktives Konfliktlösen ist eine Form inoffizieller Diplomatie („track two diplomacy"), die in unterschiedlichen Formaten Anwendung findet.

Den Konflikt auf eine akademische Arbeitsatmosphäre herunterkühlen: Problemlöseworkshops

Ein sehr wirkungsvolles Format interaktiver Konfliktbearbeitung sind **Problemlöseworkshops**. Eine auf Konflikttransformation spezialisierte **Drittpartei** unterstützt durch Moderation die Konfliktparteien dabei, miteinander in Dialog zu treten, die anstehenden Konflikte zu analysieren und einvernehmliche Konfliktlösungen zu finden. Die hochqualifizierten Moderator*innen sind in der Regel unabhängige, neutrale Sozialwissenschaftler*innen („scientist-practitioner"), die auch beratend tätig werden. **Teilnehmende** sind nicht Spitzenexponent*innen, sondern 10 bis maximal 20 einflussreiche *inoffizielle* Vertreter*innen der Konfliktparteien mit geringer medialer Sichtbarkeit: z. B. hohe Ministerialbeamte, Staatssekretäre, höhere Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden sowie Intellektuelle (Track II: vgl. Friedensmosaikstein III Lederach-Pyramide). Die **Art der Treffen** ist informell, es finden keine offiziellen Verhandlungen statt. Mediale Aufmerksamkeit ist unerwünscht. Die Treffen werden an neutralen, abgelegenen Orten durchgeführt, die eine entspannte Atmosphäre und allen Beteiligten größtmögliche Sicherheit und Diskretion bieten. Die Workshops haben akademischen Seminar-Charakter und wollen einen sachlichen Blick auf die Konflikte fördern, bei dem die Grundbedürfnisse, Einstellungen und Interaktionen aller Parteien einer tieferen Analyse unterzogen werden. **Ziel** ist es, Vertrauen und Kooperation bezüglich gemeinsam akzeptierter Ziele wieder aufzubauen und kreative Konfliktlösungen zu entwickeln. Über die Teilnehmenden soll eine komplexere und realistischere Wahrnehmung voneinander und eine positivere wechselseitige Bewertung der Konfliktpartner in die Gesellschaft hineingetragen werden. Ebenso erhofft man, dass die Teilnehmenden die Führungsspitze ihrer jeweiligen Parteien durch Bericht und Beratung in Richtung einer gewaltfreien, konstruktiven Konfliktbearbeitung beeinflussen. Track II–„Diplomat*innen" haben größere Handlungsspielräume als Führungspersönlichkeiten auf der Track I-Ebene: So können sie abseits medialer Aufmerksamkeit z. B. auch mit separatistischen Bewegungen oder bewaffneten Rebellen Gespräche führen, ohne sie und ihre Ziele dadurch politisch anzuerkennen. Idealerweise entstehen aus solchen Dialog-Laboratorien, die ein Arbeiten ohne Bewertung und Umsetzungsdruck ermöglichen, dauerhafte Dialogräume.

Hochkarätige Expertise zur Konflikttransformation: Universitäten und wissenschaftliche Institute

Veranstalter von Problemlöseworkshops sind häufig Universitäten und Institute wie das ***Herbert C. Kelman – Institute for Interactive Conflict Transformation*** (https://www.kelmaninstitute.org/). Der Sozialpsychologe und Harvard-Professor em. Herbert Kelman entwickelte seit den 1970er Jahren einen eigenen Ansatz, der Problemlöse-Workshops in das Zentrum der Interaktiven Konfliktbearbeitung stellte. Der nächste Friedensmosaikstein wird den auf Johan Galtung zurückgehenden **Transcend-Ansatz** vorstellen.

Aktuelles

▶ Mit jugendlich anmutenden **Werbekampagnen** sucht die **Bundeswehr** neue Rekruten. Seit dem Wegfall der Wehrpflicht sind die Nachwuchssorgen groß. Doch die Bundeswehr-Werbung ist hochumstritten: https://www.swr.de/swr2/wissen/wie-die-bundeswehr-um-nachwuchs-wirbt-100.html
Dazu haben Tobias Pflüger u.a. für die Fraktion DIE LINKE eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, wie die Bundeswehr in den sozialen Medien, in Videospielen und im TV dargestellt ist. Für diese Werbemaßnahmen werden vom Verteidigungsministerium Gelder ausgegeben, die aus friedenspolitischer Perspektive falsch investiert sind. Anfrage der Linken und die Antwort der Regierung finden Sie unter folgendem Link: https://polit-x.de/de/documents/5979985/bund/bundestag/drucksachen/antwort-2021-08-03-auf-die-kleine-anfrage-drucksache-1930995-bundeswehr-werbung-in-sozialen-medien-videospielen-und-tv
Die Kampagne „Unter 18 nie" hat zudem eine neue Aktion gestartet. Leider ist es gängige Praxis der Bundeswehr, sich die Adressen junger Menschen von den Einwohnermeldeämtern zu besorgen, um sie rekrutieren zu können. Falls Sie in Ihrem Bekanntenkreis, in Ihrer Nachbarschaft oder sonst junge Männer und Frauen dieses Alters kennen, machen Sie sie doch bitte auf ihre Widerspruchsmöglichkeit aufmerksam, damit die Adresse nicht bei der Bundeswehr landet. Geben Sie einfach folgenden Link weiter, der die Zusammenhänge erläutert und erklärt, was zu tun ist: https://www.youtube.com/watch?v=0G5xY00m88o

▶ Über einen echten **Erfolg der Kampagne Aktion Aufschrei** berichteten deutschlandweit dpa und epd: Nach Heckler & Koch hat es nun auch SIG Sauer erwischt - Von beiden Unternehmen zieht der deutsche Staat drei bzw. elf Millionen Euro ein wegen illegaler Waffendeals mit Mexiko bzw. Kolumbien. Die Verurteilung erfolgt auf der Basis eines Gesetzesparagraphen zur organisierten Kriminalität! Damit muss der gesamte Umsatz und nicht nur der Gewinn entrichtet werden - was für ein Erfolg für unsere Kampagne "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" Illegaler Waffenhandel wird seitens des BGH hart sanktioniert - ein wahrlich gutes Signal gegen die Rüstungsindustrie und für die sozialen Bewegungen in Mexiko und Kolumbien! Dieses Urteil ist als wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur konsequenten Strafverfolgung von illegalem Waffenhandel und bei Beteiligung deutscher Rüstungsfirmen an organisierter Kriminalität zu begrüßen.

▶ Der **Ravensburger Appell** ist in vielfältiger Weise online, zum Ausdrucken, als Plakat, für die sozialen Medien. Bitte machen Sie davon regen Gebrauch und tragen Sie dazu bei, dass er über die regionalen Grenzen der Region Bodensee-Oberschwaben hinaus bekannt wird:
https://indd.adobe.com/view/45663a0c-3850-43dd-a383-43fadd029d1d
https://indd.adobe.com/view/025aee8c-c9f9-4bb8-aded-9580c89def68
https://indd.adobe.com/view/5f06a8e8-e94f-4bf7-987a-a56f95b-c3b06

▶ **Vergewaltigungen** gehörten auch im Bosnien-Krieg zu den Strategien der Angreifer. 25 Jahre nach dem **Massaker von Sebrenica** leben 600 bis 1000 junge Menschen, die auf die Weise gezeugt wurden. Dazu ist eine aktuelle Studie „Srebrenica: 25 Jahre nach dem Genozid sind Kinder und Frauen marginalisiert und noch einmal traumatisiert" der Gesellschaft für bedrohte Völker erschienen: https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2020/DokuSrebrenica062020Endfassung.pdf *(Download PDF)*

▶ Ein aktueller Artikel des online-Magazins „nachdenkseiten" thematisiert den „blinden Flecken", der sowohl in der Klima-Bewegung als auch bei den Klima-Schützern vorkommt. Deren Mitglieder und Aktive wollen oftmals nicht wahrhaben, dass **Frieden eine Voraussetzung für das Erreichen der Klimaziele** darstellt, weil (Auf-)Rüstung und Militäreinsätze durch Manöver und/oder kriegerische Handlungen zu den schlimmsten Umweltzerstörungen überhaupt gehören. Deshalb ist in vollständiger Abrüstung – wie vom Szenario „Sicherheit neu denken" gefordert – per se der sinnvollste Beitrag für eine ökologischen Zukunftssicherung zu verorten: https://www.nachdenkseiten.de/?p=75064

Termine 2021 regional und überregional

1. September
Antikriegstag Friedrichshafen. VVN-BdA, DGB, FRB

10./11.September
ZUKUNFT JETZT! Nachhaltigkeitstage auf der Gartenschau Lindau beim FRIEDENSKLIMA! mit Abschlusskonzert von **Grupo Sal am 11.9. 18 Uhr.**
FRB, friedens räume und weitere Organisationen

16. September
Überparteiliches Wahlpodium mit Andreas Zumach zur Bundestagswahl in Überlingen am 16.9.2021, eingeladen sind je ein*e Vertreter*in der Parteien CDU, SPD, GRÜNE, LINKE und FDP

18. September
UN-Weltfriedenstag in St. Gallen. Frieden-Ostschweiz

18.-21. September
Ankündigung Bodensee-Friedensweg 2022
Start und Ziel in Bregenz, Radtour um den See.

16./17. Oktober
Tagung Lebenshaus Schwäbische Alb, Gammertingen

24. Oktober:
Einweihung der Friedenslinde in Überlingen

10. November
„Sind wir nur mit Waffen stark?
Podiumsdiskussion zu Sicherheitspolitik kontra Friedenspolitik." mit Major a.D. Florian Pfaff, dem Theologen Dr. Theodor Ziegler und einem ehemaligen Berufssoldaten, FRB, Friedenstisch, DFG-VK.
19:30 h Überlinger Friedensdekade

11. November
Oberschwäbische Friedenswochen Vortrag von Andreas Zumach: Konfrontation mit Russland als Dauerzustand? Was ist nötig für eine Deeskalation?
19:00 Uhr, Ravensburg, Gemeindesaal Dreifaltigkeit

Monatliche Termine 2021 des AK Friedensregion Bodensee
13.9., 18.10., 15.11., 13.12.2021
in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19,
Beginn um 18 Uhr.

Gäste und Interessent*innen sind willkommen -
bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden

Lindau: jeden Freitag von 18 - 18.30 Uhr
Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit
vor dem Alten Rathaus. Teilnahme für jede*n möglich.

BFW: www.bodensee-friedensweg.org
FRB: Friedensregion-Bodensee.de, info@friedensregion-bodensee.de
VVN-BdA: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen

IMPRESSUM

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V.,

Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese M.A.
Altmannweg 8, 88079 Kressbronn, Telefon: 07543/547343

Internet: www.friedensregion-bodensee.de
E-Mail: friedensregion.bodensee@gmail.com
Facebook: www.facebook.com/groups/1375301249210262/
Instagram: www.instagram.com/friedensregionbodensee/

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen.

Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.

Gestaltung: Andrea Künst

Unsere Vereinsarbeit steht zwar noch auf soliden Finanzfüßen, doch wachsende Aufgaben benötigen konsequenterweise eine erweiterte Finanzierung. Friedenspolitik und Friedensbildung als Voraussetzung von Frieden bedürfen notwendigerweise einer soliden Finanzierung. Während es bisher immer noch selbstverständlich erscheint, dass es ein eigenes Ministerium gibt, in der BRD nennt es sich nach dem 2. Weltkrieg "Verteidigungsministerium" mit einem beträchtlichen eigenen Etat, welcher alljährlich unglaubliche Milliardenbeträge erhält, gibt es auf der anderen Seite kein "Ministerium für Frieden und friedliche Zusammenarbeit" oder Ähnliches mit eigenem Etat, aus dem wir uns für unsere Friedensarbeit würden "bedienen" können.

Und so bitten wir Sie herzlich um eine Spende (einmalig) oder um einen regelmäßigen Förderbeitrag, damit wir die Arbeit fortsetzen und ausbauen können.
Im Folgenden unsere Bankverbindung.
IBAN: DE62 4306 0967 8245 8663 00
BIC: GENODEM1GLS.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung! Selbstverständlich erhalten Sie eine Spendenquittung, da der Verein als gemeinnützig anerkannt ist.